

Brexit und Europa

Deutschland Taktische und wirtschaftliche Partner

Albtraum für Bayerisch-Britische Motorenwerke

Dominique Eigenmann
Berlin

Frankreich mag für Deutschland der unverzichtbare Partner in der EU sein. Aber danach folgt gleich Grossbritannien. In Berliner Regierungskreisen will man sich eine Union ohne die Briten deshalb gar nicht vorstellen. Die EU wäre nach einem Brexit insgesamt infrage gestellt, hört man, würden sich doch die bereits bestehenden Fliehkräfte entscheidend beschleunigen. Auch fürchtet man, dass die EU-Skepsis im eigenen Land nochmals kräftig anwachsen würde.

Die Briten sind für Deutschland aber nicht nur strategisch, sondern auch taktisch lebenswichtig. An Brüsseler Verhandlungstischen spielt London für Berlin oft den Türöffner bei gemeinsamen Anliegen, bei denen es besser ist, wenn Deutschland nicht als Urheber auftritt: beim Freihandel etwa, in der ganzen Wirtschafts- und Finanzpolitik. Ohne den Beistand der Briten, so warnt man in Berlin, würde die EU etatistischer, protektionistischer und kleinkrämerischer werden. Französischer eben. Der britische Premier David Cameron hat

die deutsche Regierung gebeten, sich im Abstimmungskampf still zu verhalten, weil Einmischung kontraproduktiv sei. Insbesondere Kanzlerin Angela Merkel solle sich heraushalten. Seit der «Willkommenspolitik» sei ihr Ansehen in Grossbritannien derart gesunken, dass man sie in dieser Sache «lieber nicht auf seiner Seite» habe, so ein Diplomat zum «Spiegel».

Hinter den Kulissen freilich hatte sich London bei den Verhandlungen um britische Ausnahmeregelungen in der EU mit keiner Hauptstadt so intensiv abgestimmt wie mit Berlin. Deutschland sei sichtbar oder unsichtbar immer im Raum gesessen, erinnern sich britische Regierungsbeamte. Das Boulevardblatt «Sun» nutzte diese Sonderbeziehung



Angela Merkel
Deutsche Kanzlerin

denn auch, um Cameron als Marionette Merkels darzustellen.

Nicht nur politisch, auch wirtschaftlich sind die gegenseitigen Abhängigkeiten enorm. Der bilaterale Handel hat sich seit der deutschen Einigung verdoppelt. Deutschland exportierte 2015 Waren im Wert von 90 Milliarden Euro nach Grossbritannien, in umgekehrter Richtung war es allerdings nur die Hälfte. Lediglich die USA, China und Frankreich sind für Deutschland als Absatzmarkt bedeutender. 2500 deutsche Unternehmen beschäftigen auf der Insel fast 400 000 Mitarbeiter.

Ein Albtraum wäre der Brexit etwa für Autobauer BMW, der in England die Kultmarken Rolls-Royce und Mini fertigt. Die Beziehung zwischen Mutterhaus und Filiale ist so eng, tief und kompliziert, dass sie ohne ungehinderten Freihandel nicht funktionieren würde. Man rechne die Folgen eines Brexit lieber gar nicht ganz durch, sagen BMW-Manager, weil der Schaden für ihr Unternehmen so gewaltig wäre. BBMW - «Bayerisch-Britische Motorenwerke» - nennt man das Unternehmen in München gern im Scherz. Das Lachen könnte den Bayern bald vergehen.

Südeuropa In der Krise gemassregelt und belächelt

Der grosse Liebesverlust

Oliver Meiler
Rom

Früher war es einmal so, dass der Süden Europas ganz begeistert nach Brüssel schaute. Und das nicht nur, wie maliziöse Geister einwerfen könnten, weil von dort die Milliarden kamen, die bei der Modernisierung halfen. Italien, Spanien und Portugal, um nur diese drei zu nennen, fühlten sich ernst genommen, dazugehörig. Man besang die Union mit Pathos und Euphorie, lateinisch eben.

Alle grossen Politiker waren überzeugte Europäer und gestalteten die Abkommen und Verträge mit. Manche schwangen sich gar zu höchsten Weihen auf, man denke nur an den Portugiesen José Manuel Barroso, der von 2004 bis 2014 Präsident der Europäischen Kommission war. Er folgte auf den Italiener Romano Prodi, der das Amt von 1999 bis 2004 bekleidete.

Als Prodi den Brüsseler Job erhielt, waren seine Landsleute mächtig stolz. Er hatte auch dabei geholfen, dass sich Italien für die Währungsunion qualifizieren konnte (mit Bilanzkosmetik, wie oft angemerkt wurde). Die Einführung des Euro stand dann aber auch am Ur-

sprung der Entliebung, die in den Krisenjahren folgen sollte. Früher wertete man in schwierigen Zeiten einfach die Lira ab, um die Exporte zu treiben, dann ging es bald wieder besser.

Nun ist alles anders. Von den massgeblichen italienischen Politikern ist nur Matteo Renzi, Premier und Chef des sozialdemokratischen Partito Democratico, ein überzeugter Europäer. Beppe Grillo vom Movimento Cinque Stelle und Matteo Salvini von der Lega Nord machen Stimmung gegen die EU. Sie tun es so rabiat, dass auch Renzi zuweilen Pfeile nach Brüssel schiessen muss - und natürlich nach Berlin, wo, so ist man überall im Süden überzeugt, die Linie vorgegeben wird. Renzis laute Kritik dient dazu, den starken Mann zu mar-



Matteo Renzi
Regierungschef von Italien

kieren und von den Problemen abzulenken: von der hohen Schuldenlast, den schwachen Banken, vom dürrtigen Wirtschaftswachstum. Vieles also ist Show fürs Publikum daheim.

Im Grunde ist Renzi nämlich ein Modellschüler, sieht man von der Entwicklung des Schuldenbergs ab: Er setzt die strukturellen Reformen durch, die man von ihm erwartet. In Berlin ist man ganz glücklich mit ihm. Vor einigen Tagen liess sich sogar Finanzminister Wolfgang Schäuble zu einem Lob an die Adresse Roms hinreissen, das die grossen italienischen Zeitungen in extenso rapportierten. So ist das auch in Spanien: Die Regierungen hausieren gerne mit Lob aus dem Norden, scheuen sich aber nicht, Brüssel auch für eigene Unzulänglichkeiten zu bekritteln.

Die Euphorie jedoch, die ist in der Krise rundum geschwunden. Man hat es empfunden, zuchtmeisterlich gemassregelt und belächelt zu werden - als Problemfälle, als Mitglieder der PIIGS-Staaten. Obschon ja viele Vorwürfe stimmten, fühlte man sich plötzlich nicht mehr wirklich dazugehörig, ernst genommen. Und vielen fehlt das Pathos des Gemeinsamen, der grossen Ideen.

EU-Bürger und Schweizer bleiben draussen

Nur Europäer, die sich für den Arbeitsmarkt oder das Studium in Grossbritannien «eignen», sollen nach einem britischen Nein zur EU noch auf die Insel ziehen dürfen.

Peter Nonnenmacher
London

EU-Bürger und Bürger der Schweiz und Norwegens sollen sich im Falle eines Brexit nicht länger frei im Vereinigten Königreich ansiedeln und dort nach Belieben arbeiten oder studieren dürfen. Stattdessen sollen sich Studenten und andere Zureisewillige aus kontinental-europäischen Ländern einem Punktesystem unterwerfen müssen, das sie nach persönlicher Eignung und guten Englischkenntnissen einstufen würde - ein System, wie es schon jetzt auf der Insel gegenüber Personen aus Nicht-EU-Ländern angewendet wird.

Den Punkteplan verkündeten, drei Wochen vor dem Referendum am 23. Juni, prominente Brexit-Führer wie der Londoner Ex-Bürgermeister Boris Johnson und der britische Justizminister

Michael Gove. Das Aufnahmesystem, nach australischem Vorbild würde eine radikale Änderung bedeuten und praktisch eine bürokratische Mauer mit scharf kontrollierten Zugangstoren rund um die Britischen Inseln ziehen.

Und dass die EU-Gegner Gelegenheit erhalten, ihren Plan in die Tat umzusetzen, ist letzten Umfragen zufolge keineswegs ausgeschlossen. Eine vom «Daily Telegraph» veröffentlichte Befragung belegt, dass die Zahl der Austrittsbefürworter deutlich wächst, ihr Anteil liegt bei knapp 50 Prozent. Und in zwei separaten Umfragen des ICM-Instituts für den «Guardian» (einer telefonisch und einer online erstellten) hat das Anti-EU-Lager sogar schon 52 Prozent erreicht. Mitte Mai hatten die EU-Anhänger noch mit 55 zu 45 Prozent geführt.

Experten vermuten, dass der Anstieg vor allem mit der Einwanderungsfrage zu tun hat. Das statistische Amt meldete letzte Woche, dass die Nettozuwanderung nach Grossbritannien noch immer stark steigt. Letztes Jahr waren es allein aus dem EU-Bereich 184 000 Personen. Premierminister David Cameron habe sein Ziel einer Reduktion des Zuzugs total verfehlt, klagen Johnson und Gove. Nur ein Austritt aus der EU könne das

Problem letztlich lösen, zumal schon mit einer gewaltigen neuen Migrationswelle «nach einem EU-Beitritt Serbiens, Albaniens, Mazedoniens, Montenegros und der Türkei» zu rechnen sei.

Im Anschluss an diese Warnung gab es am Wochenende Aufregung darüber, dass neuerdings kleine Boote mit Migranten vom Kontinent her Kurs auf England nehmen, die Grenzpolizei aber nur über vier Kutter verfügt, die eine 12 000 Kilometer lange Küste «absichern» sollen. Inzwischen ist das Innenministerium scharf dafür kritisiert worden, dass es der Grenzpolizei im Vorjahr aus Spargründen ein Überwachungsflugzeug strich und dass acht zusätzlich angekündigte Patrouillenboote für den Grenzschutz erst 2017 zur Verfügung stehen werden.

Brexit
Die Briten entscheiden am 23. Juni



Das Friedenssp

ist in Gefahr

Treten die Briten aus der Union aus und strömen Europa, könnte die zersplitterte EU vollends zer



Nie wieder Krieg: Präsident François Mitterrand und Bundeskanzler Helmut Kohl bei einer de

Endzeitstimmung schleicht sich ein in Brüssel. Selbst das bislang Undenkbare wird inzwischen laut ausgesprochen. Was, wenn die Fliehkräfte obsiegen und die EU an den Krisen zerbricht, die sie derzeit herausfordern? Die Widerstandskraft der Europäischen Union dürfte jedenfalls kräftig auf die Probe gestellt werden, sollten die Briten am 23. Juni für den Brexit stimmen oder im Sommer wieder Hunderttausende Flüchtlinge nach Europa kommen.

Richtig kritisch würde es, wenn beide Szenarien eintreten, nämlich ein Ja der Briten zum Austritt aus der EU und eine neue Flüchtlingswelle. Der Begriff «Polykrise» ist inzwischen in den Brüsseler Jargon eingegangen. Kein Zweifel, ein Brexit würde eine Schockwelle mit ungewissen Folgen auslösen. Doch auch die Krise um den Euro und Griechenland ist nur aus den Schlagzeilen verschwunden, aber nicht ausgestanden. Und der Flüchtlingsdeal mit der Türkei kann jederzeit platzen.

Hinzu kommt die gefährliche Nachbarschaft mit scheiternden Staaten im Süden und einem aggressiven Russland im Osten. Nicht ausgeschlossen, dass Präsident Wladimir Putin nach einem Brexit Europas Schwäche ausnutzt und mit seiner hybriden Kriegsführung die baltischen Staaten destabilisiert. War das Friedensprojekt etwa nur eine Schönwetterkonstruktion? Die EU wirkt in der Mehrfachkrise jedenfalls überfordert. Die Union ist so fragmentiert wie noch nie. Sowohl zwischen Nord und Süd als auch zwischen Ost und West tun sich Gräben auf.

Ein Brexit wäre nicht nur ein Triumph des englischen Nationalis-

mus, sondern ein Fanal über Grossbritannien hinaus. Die Rechtspopulisten könnten selbst in Gründerstaaten wie den Niederlanden, Frankreich oder Italien kräftig Auftrieb erhalten und ebenfalls auf ein Austrittsreferendum drängen. Der Grundstein für die EU von heute war einst als Antwort gegen Krieg und Nationalismus gelegt worden. Nun aber wollen Nationalisten das Friedensprojekt so schnell wie möglich abwickeln. Vor diesem Hintergrund fehlt es nicht an alarmistischen Tönen: «Wer an Europa zweifelt, der sollte Soldatenfriedhöfe besuchen», sagte EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker anlässlich des 100. Jahrestages der Schlacht von Verdun.

Auch Frankreichs Präsident François Hollande wurde auf dem Soldatenfriedhof des Ersten Weltkriegs grundsätzlich. Die Pflicht der Europäer sei in den verwüsteten Böden von Verdun festgeschrieben: «Lieben wir unsere Heimat, aber schützen wir unser gemeinsames Haus Europa, ohne das wir den Stürmen der Geschichte ausgesetzt wären.» Nicht ganz so pathetisch sagte es die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel: Europa müsse wieder seine Fähigkeit zum Kompromiss beweisen.

Die Konsensmaschine stockt
Was es braucht, sind allerdings nicht Sonntagsreden. Europa kann nicht liefern, weil die Mitgliedsstaaten es oft nicht zulassen. Die Bürger machen dann die EU dafür verantwortlich, wenn sie ihre Erwartungen nicht erfüllt sehen. Die Flüchtlingskrise ist ein Beispiel dafür. Die europäische Kon-

rojekt EU

erneut Hunderttausende Flüchtlinge nach brechen. *Eine Analyse von Stephan Israel, Brüssel*



utsch-französischen Versöhnungszeremonie im September 1984 in Verdun. Foto: AP, Keystone

sensmaschine ist ins Stocken geraten. Das hat auch damit zu tun, dass in Budapest oder Warschau Rechtsnationalisten bereits an der Macht und an ihrer illiberalen Demokratie arbeiten. Solidarität ist dort eine Einbahnstrasse. Gelder aus Brüssel nimmt man gerne, die Aufnahme von Flüchtlingen hingegen wird völlig ausgeschlossen.

Europa zaudert sich kaputt

In anderen EU-Staaten sind die nationalen Regierungen in der Defensive, unter Druck der Populisten oft gleichzeitig von ganz links und ganz rechts. David Cameron ist mit seinem Brexit-Referendum das beste Beispiel. Ursprünglich wollte er damit nur die euroskeptischen Kritiker in der eigenen Partei ruhigstellen. Jetzt wird er die Geister, die er gerufen hat, nicht mehr los.

In den Niederlanden hielt sich Premier Mark Rutte im April beim Referendum über einen Assoziierungsvertrag der EU mit der Ukraine bedeckt. Weil er glaubte, mit dem Thema keine Punkte machen zu können, überliess er das Feld den EU-Gegnern und verlor die Abstimmung prompt.

Europa zaudert sich gerade kaputt. Frankreichs Präsident François Hollande ist zu Hause wegen überfälliger Reformen des verkrusteten Arbeitsmarkts angeschlagen, Bundeskanzlerin Angela Merkel selbst in Berlin zunehmend isoliert. Einige Regierungen kämpfen lieber offen gegen die EU, als gemeinsame Beschlüsse zu Hause zu erklären und für Kompromisse zu werben. Ohne Not demontiert sich die EU selber. Die Regierungen trauen sich

aus Furcht vor ihren Populisten nicht einmal mehr, für ihre eigenen Prestigeprojekte wie das Freihandelsabkommen TTIP mit den USA zu werben.

In Grossbritannien setzt David Cameron darauf, die Abstimmung mit einer Angstkampagne zu gewinnen. Deshalb malt der Premier die Konsequenzen eines Austritts in möglichst drastischen Farben. Was nicht nur in Grossbritannien fehlt, ist die positive Erzählung darüber, was verbindet, wo der Mehrwert der EU liegt. Nämlich 70 Jahre Frieden, Stabilität, immer noch beispielloser Wohlstand und ein vergleichsweise hoher Lebensstandard. Stattdessen sind Populisten mit ihrer Verheissung von der Rückkehr zur nationalen Souveränität und der Freiheit im Alleingang in das Vakuum vorgestossen.

Flucht nach vorne

Ein Brexit könnte die Regierenden aufschrecken und den geschrumpften Club zu einem Integrationsschub bewegen, so die vage Hoffnung. Überlegungen in diese Richtung gibt es, sollte Grossbritannien die EU verlassen. Deutschland und Frankreich könnten vielleicht noch zusammen mit Italien den Ausweg in der Flucht nach vorne suchen. Man könnte etwa beim Grenzschutz, der Verteidigung, der Sicherheit oder in der Eurozone die Integration vertiefen. Doch andere wie die Niederländer warnen davor. Wenn sich die Wähler gegen Europa entscheiden, sei mehr Europa vielleicht nicht die richtige Antwort. Selbst beim Plan B für den Fall eines Brexit sind sich die Europäer nicht einig.

Osteuropa Angst vor der Rückkehr Hunderttausender Gastarbeiter

Brüssel mal die Meinung sagen

Bernhard Odehnal
Wien

Der EU durch ein Referendum die eigene Politik aufzwingen: Das ist ein Weg, den auch der ungarische Regierungschef Viktor Orban gehen will. Für den Herbst hat Orban eine Volksabstimmung über die Flüchtlingspolitik der EU angesetzt. Die Regierung will, dass die Ungarn mit grosser Mehrheit eine europaweite Quotenregelung ablehnen. Das genaue Datum der Abstimmung steht noch nicht fest, doch es läuft bereits eine massive Werbekampagne: «Wir sagen Brüssel unsere Meinung.» Die Oppositionsparteien haben angekündigt, das Referendum zu boykottieren.

In Polen sammelt die rechtspopulistische Bewegung Kukiz nach ungarischem Vorbild Unterschriften für ein Referendum über die Aufnahme (besser gesagt: die Ablehnung) von Flüchtlingen. Bis jetzt hat sie aber keine Unterstützung der Regierungspartei PIS.

In Tschechien würde die nationalistische Opposition gern nach britischem Vorbild den Ausstieg aus der Union mittels Volksentscheid erzwingen. Die Partei Usvit (Morgenröte) des japanisch-

stämmigen, rassistischen Politikers Tomio Okamura stellte Anfang Mai einen Antrag im tschechischen Parlament, eine Volksabstimmung zu diskutieren. Das wurde von den Regierungsparteien, den Sozialdemokraten und der europäischen Protestbewegung Ano, abgelehnt. Der schärfste Kritiker der europäischen Einigung, Ex-Präsident Vaclav Klaus, sucht Verbündete gegen die EU in ganz Europa. Vor kurzem trat er beim Parteitag der AfD in Stuttgart auf. Eine Alternative für Tschechien ist im Entstehen, aber Klaus distanziert sich davon.

Die Gegner einer gemeinsamen europäischen Flüchtlingspolitik sind in Tschechien zwar stark, aber untereinander zerstritten. Der Block gegen den Islam löste sich diese Woche auf, weil sein



Viktor Orban
Premierminister von Ungarn

Irland Friedensprozess gefährdet

Die Angst des Nachbarn

Peter Nonnenmacher
London

Irland ist das Land, das den Briten historisch, wirtschaftlich und kulturell am engsten verbunden ist. Und die einzige Nation, die eine Grenze mit Grossbritannien teilt. Kein Wunder, dass die Republik Irland mit grösster Sorge hinüberschaut zu den Nachbarn. Dass der irische Regierungschef Enda Kenny und sein Aussenminister Charlie Flanagan durchs Vereinigte Königreich tingeln, um eine halbe Million auf britischem Boden lebende Iren zur Stimmabgabe beim EU-Referendum zu mobilisieren. Und dass Irlands Botschafter Dan Mulhall in London Überstunden macht.

Zwei Gründe vor allem gibt es für die irische Alarmstimmung. Der eine ist, dass Irland im Falle eines britischen Austritts aus der Europäischen Union den proportional grössten Schaden erleiden würde. Eine Studie der London School of Economics ist zum Schluss gekommen, dass die Iren bei einem Brexit pro Kopf der Bevölkerung «die schwersten Verluste in Europa einfahren» würden - so eng sind beide Länder handelsmässig verknüpft.

Irische Exporte würden schrumpfen, Investitionen ausbleiben, die Wirtschaftskraft würde sich drastisch reduzieren. Die Einkommen in Irland könnten bis zu 2,5 Prozent sinken. Allein für das (britisch regierte) Nordirland ist die Republik - «der Süden» - der mit Abstand wichtigste Handelspartner. Die Hälfte des nordirischen EU-Handels ist Handel mit der Irischen Republik.

Nordirland ist zugleich der zweite Grund für die Nervosität der Iren. Möglicherweise, schwant es Irlands Regierungschef Kenny, könnte ein Brexit «neue Grenzkontrollen oder Zollkontrollen» nötig machen. Seit dem Belfaster Friedensvertrag von 1998 ist die grüne Grenze zwischen Irlands Norden und Süden praktisch offen.



Enda Kenny
Regierungschef von Irland

Norwegen Efta als unbefriedigende Alternative

Nicht zur Nachahmung empfohlen

Silke Bigalke
Oslo

Norwegische Politiker sind immer wieder nach London gefahren und haben die Briten gewarnt: Macht es nicht so wie wir. Ministerpräsidentin Erna Solberg war auch in 10 Downing Street, hat dort wiederholt, was sie seit Jahren sagt. Norwegen ist Mitglied im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR), aber nicht in der Europäischen Union. Ein Befehlsempfänger, ein stimmloser Beitragszahler, dieses Bild zeichnen die norwegischen Politiker von ihrem Land.

Norwegens Modell ist ein Kompromiss, die engste Beziehung zu Europa, die das Land ohne Mitgliedschaft erreichen kann. Denn die Norweger haben den Beitritt in Referenden zweimal abgelehnt, 1972 und 1994. Damals war Norwegen längst Mitglied der Europäischen Freihandelsassoziation (Efta), zu der heute sonst noch Island, Liechtenstein und die Schweiz gehören. Alle anderen früheren Efta-Mitglieder, darunter Grossbritannien, sind inzwischen der EU beigetreten. Die übrig gebliebenen Efta-Staaten wurden - mit Ausnahme der Schweiz - durch das EWR-Abkom-

men in den gemeinsamen Binnenmarkt der EU integriert. Drei von vier Entscheidungen aus Brüssel setzt Norwegen nun wie ein EU-Mitglied um, ohne darüber mitzuentcheiden. Das Land zahlt Beiträge, etwa 388 Millionen Euro im Jahr, und stellt sich häufig auch in der Aussenpolitik hinter Brüssel, zuletzt bei den Sanktionen gegen Russland.

Weg in die EU ist versperrt

«Das Problem ist, dass die Menschen in Norwegen de facto die Demokratie abgeschafft haben», sagt Erik Oddvar Eriksen, Leiter des Zentrums für Europäische Studien an der Universität Oslo. «Sie haben es selbst getan, per Referendum.» Aus seiner Sicht sitzt Norwegen in der Falle, denn es gibt keinen Weg



Erna Solberg
Ministerpräsidentin von Norwegen

Gründer selbst den eigenen Anhängern zu radikal wurde.

Grösser als der Drang zum Austritt ist im Osten die Sorge, dass bei einem Brexit Hunderttausende Klempner, Maurer oder Pfleger aus Grossbritannien in ihre Heimatländer zurückgeschickt werden könnten. Das würde die ohnehin hohe Arbeitslosigkeit in Ungarn, der Slowakei und vor allem in Polen weiter in die Höhe treiben und könnte zu sozialen Unruhen führen. Ungarns Viktor Orban und die polnische Premierministerin Beata Szydlo verlangen deshalb von Grossbritannien Garantien, dass ihre Landsleute nicht von den britischen Sozialleistungen ausgeschlossen werden. Die vier Visegrad-Staaten wollen darüber gemeinsam mit London verhandeln.

Orban sieht zwar keinen Platz für Migranten in seinem eigenen Land. Die Ungarn sollten jedoch weiterhin in Grossbritannien leben und arbeiten können. Selbst nach dem Brexit. Bei einem Besuch David Camerons in Budapest im Januar mahnte Orban, dass die Briten die Ungarn nicht als Migranten betrachten dürften: «Wir wollen keine Parasiten sein», sagte Orban. «Wir wollen dort arbeiten.»

Ein Brexit aber würde neue Fragen aufwerfen: Handelszölle zum Beispiel könnten Grenzkontrollen erforderlich machen. Und womöglich sogar reguläre Passkontrollen, die es zwischen Irland und Grossbritannien noch nie gegeben hat. Dies wird zwar von Londons Nordirlandministerin und Brexit-Befürworterin Theresa Villiers bestritten. Einer ihrer prominentesten Parteikollegen, der Pro-Brexit-Mitstreiter und frühere Tory-Schatzkanzler Nigel Lawson, glaubt allerdings nicht, dass es ohne Grenzposten geht.

Eine neue Trennlinie quer durch Irland könnte die mühsame bilaterale Friedensarbeit der letzten zwei Jahrzehnte für Nordirland gefährden. Das, warnt Peter Mandelson, ein Labour-Vorgänger Villiers als Nordirlandminister, sei eine «zutiefst besorgniserregende» Perspektive. Dem Friedensprozess würde «jedes Gefühl der Trennung zwischen Norden und Süden schaden», meint Mandelson. Neue Unruhe in Nordirland? Ein Aufleben alter Gegensätze? Auch den Politikern unten in Dublin ist diese Vorstellung ein Graus. Deshalb beteiligen sie sich ganz offen am Abstimmungskampf.